Humanistische Union

Rechtsradikale in der Bundeswehr – im Geiste der Freikorps*

in: vorgänge Nr. 221/222 (1-2/2018), S. 197-211

Soldaten mit rechtsradikalen Einstellungen sind weder ein Einzelfall, noch ein neues Problem der Bundeswehr. Wolfram Wette zeichnet im folgenden Beitrag die Geschichte rechter Haltungen in deutschen Armeen von den Freikorps und der Wehrmacht bis zu aktuellen Vorfällen der Bundeswehr nach.

Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945. Was ist das?

Gibt es in der Bundeswehr Rechtsradikalismus? Ist er womöglich stark verbreitet? Oder tritt er nur in Einzelfällen hervor? Alte Streitfragen, die bekanntlich sehr unterschiedlich beantwortet werden! Wenn wir unser Thema ernsthaft und ohne vordergründige Polemik behandeln wollen, so müssen wir mit der Frage beginnen: Welche Kriterien stehen uns zur Verfügung, um Rechtsradikalismus in der Bundeswehr erkennen und beschreiben zu können?1

Eine allgemein verbindliche Definition von Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus gibt es nicht.2 Im allgemeinen Sprachgebrauch werden beide Begriffe synonym verwendet zur Kennzeichnung der Gesinnung, der Methoden und der Ziele der äußersten Rechten. Im Folgenden verzichte ich auf eine weitergehende politikwissenschaftliche oder gar juristische Definition der Begriffe: Rechte, Rechtsnationale, Rechtspopulisten, Rechtsradikale, Rechtsextremisten und Neonazis unter Hinweis darauf, dass die Grenzen fließend sind. Stattdessen möchte ich inhaltliche Positionen der Rechtsextremisten benennen, um hernach rechtsradikales Denken im Militär zu beleuchten, das einige Besonderheiten aufweist, die mit dem spezifischen Milieu zu tun haben. Dem militärischen Rechtsradikalismus werde ich mich mit dem Blick des Historikers nähern, indem ich dem politischen Ort nachspüre, den das Militär in verschiedenen Phasen der jüngeren deutschen Geschichte eingenommen hat.

In der Bundesrepublik Deutschland bildete sich nach dem Kriegsende 1945 schrittweise eine neue, demokratische Kultur heraus.3 Ihr wichtigstes Kennzeichen bestand darin, dass die Nazi-Zeit – aus demokratischer Sicht – gleichsam als Negativfolie für die Gestaltung einer demokratischen Gegenwart und Zukunft galt.4 Immer mehr Menschen in unserem Land waren bereit, diesen Wandel mitzutragen5, weshalb Historiker später feststellten, diesmal sei die deutsche Demokratie „geglückt“.6

Die zivilen Rechtsradikalen erkannte man daran, dass sie den Weg in die Demokratie nicht mitgingen, sondern stattdessen – ganz oder teilweise – in den Denkstrukturen der Nazi-Zeit verharrten. Als rechtsradikal galt infolgedessen in der Bonner Republik ein aggressiver Nationalismus und Antikommunismus, ein elitäres, rassistisch geprägtes Sendungsbewusstsein, die Idee eines politischen „Führertums“, das identisch war mit der Ablehnung der Demokratie sowie der Feindschaft gegen Ausländer, Minderheiten, fremde Völker und Staaten, aber auch gegen Andersdenkende in der Innenpolitik. Als rechtsradikal galten weiterhin der Antisemitismus und der völkische Rassismus, der sozialdarwinistisch hergeleitete Glaube an das Recht des Stärkeren, schließlich die Bereitschaft zur Durchsetzung der erstrebten Ziele mittels Gewalt. Der deutsche Rechtsradikalismus gab sich auch durch die Relativierung oder Leugnung der Verbrechen und die anhaltende Verherrlichung des NS-Staates zu erkennen.7 Viele seiner Vertreter wollten zudem eine deutsche Kriegsschuld nicht anerkennen. Sie sahen im 8. Mai 1945 nicht – wie Richard v. Weizsäcker – den Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, sondern beklagten ihn als Tag der Niederlage

und des Zusammenbruchs.

Der militärische Rechtsradikalismus teilte diese Sichtweisen und pflegte darüber hinaus das wahrheitswidrige Bild von einer „sauber“ gebliebenen Wehrmacht. Die Rechtsradikalen in Uniform leugneten eine Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust, ebenso die Verantwortung der Wehrmacht für das Massensterben von sowjetischen Kriegsgefangenen und die Ermordung von Millionen ziviler Sowjetbürger. Schließlich rechtfertigten sie die Kollaboration, also jene politischen Kräfte in Europa, die mit Hitler-Deutschland zusammengearbeitet hatten.8 Damit wird erkennbar: Der Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945 definierte sich in starkem Maße durch seine Nähe zum Nationalsozialismus, zu den demokratiefeindlichen Traditionen und zum militaristischen Gewaltkult.

Der Ort des Militärs in der jüngeren deutschen Geschichte

In welchen militärischen Traditionen steht die Bundeswehr? Ein Blick auf die jüngere Geschichte des deutschen Militärs vermag uns darüber Aufschluss zu geben. Der bekannte amerikanische Historiker Gordon A. Craig, der sich ein ganzes Wissenschaftlerleben lang mit der deutschen Geschichte auseinandergesetzt hat, traf einmal die aufschlussreiche Feststellung, „dass der Besitz einer Armee für Deutschland in seiner neueren Geschichte nicht zum Guten gewesen war und dass das Militär […] dazu tendiert hatte, ein Staat im Staate zu sein, der den sozialen Fortschritt und die Entwicklung liberaler und demokratischer Institutionen verhinderte“.9 Der französische Staatsmann Mirabeau soll die Rolle des Militärs in Preußen so auf den Punkt gebracht haben: „Andere Staaten besitzen eine Armee, Preußen ist eine Armee, die einen Staat besitzt.“10

In der Revolution von 1848/49 war aus dem Preußischen Kriegsministerium der Schlachtruf zu hören: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ Die von Craig angesprochene, gegen Demokratie und sozialen Fortschritt gerichtete Tendenz des preußisch-deutschen Militärs gab es nicht nur im alten Preußen und im kaiserlichen Deutschland, sondern auch in der Weimarer Republik und schließlich in der Zeit des Nationalsozialismus. Mit anderen Worten, das Militär stand in Deutschland schon immer rechts. Nach seinem Selbstverständnis war das Offizierskorps nicht nur die bewaffnete Stütze des Staates. Das Credo der Offiziere lautete vielmehr: Wir sind der Staat! Wenn das Militär in Staat und Gesellschaft tonangebend ist, sprechen wir von Militarismus.11

Auf den Ersten Weltkrieg folgten die Revolutionszeit 1918/19 und die unruhigen Nachkriegsjahre, die zugleich die frühen, gefährdeten Jahre der Weimarer Republik waren. In dieser Zeit des Umbruchs verkörperte das Militär in idealtypischer Weise einerseits die rückwärtsgewandte Reaktion und andererseits den nach vorne blickenden politischen Rechtsradikalismus. Militärs bekämpften die Revolution, die demokratischen Parteien und die junge Republik, sie bäumten sich auf gegen die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrages und sie griffen immer wieder in die Politik ein. In den Jahren 1919/20 waren es die sogenannten Freikorps, die reichsweit im Auftrag Gustav Noskes alle revolutionären Regungen zusammenschossen, was mehr als 3000 Menschen das Leben kostete. Bei den Freikorps handelte es sich um militärische Freiwilligenverbände. Freiwillig meldeten sich damals hauptsächlich jene Weltkrieg-I-Soldaten, die nicht ins zivile Leben zurückfanden. Jemand hat einmal behauptet, sie hätten der Idee angehangen: „Es lebe der Krieg, denn der Frieden wird fürchterlich!“ Die jahrelang im Krieg nach außen praktizierte Gewalt wurde nun also in die deutsche Innenpolitik hineingetragen.

Junge rechtsradikale Freikorpsoffiziere unternahmen es seinerzeit, aus eigener Machtvollkommenheit in die politischen Geschehnisse einzugreifen, indem sie das taten, was sie im Krieg gelernt hatten, nämlich bewaffnete Gewalt auszuüben, zu schießen. Von einem aggressiven Nationalismus angetrieben, ermordeten sie prominente Politiker, die in ihren Augen „innere Feinde“ waren. Insgesamt wurden 354 Menschen Opfer der Morde „von rechts“.12 Ein rechtsradikaler Offizier ermordete den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt

Eisner (USPD), weil er ein Linker und ein Pazifist war und sich für die Anerkennung der deutschen Kriegsschuld ausgesprochen hatte. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden Opfer rechter Offiziere, weil sie vor und während des Weltkriegs als Gegner des Völkermordens hervorgetreten waren. Matthias Erzberger (Zentrumspartei) hassten sie, weil er einer der Initiatoren der Friedensresolution des Reichstages von 1917 gewesen war und weil er im Auftrag der Regierung den Waffenstillstand von Compiègne unterschrieben hatte. Er wurde, nachdem er in der Republik zum Reichsfinanzminister aufgestiegen war, von Angehörigen der rechtsextremistischen Organisation Consul ebenso umgebracht wie der wegen seiner jüdischen Herkunft verfolgte Politiker Walter Rathenau, seines Zeichens Reichsaußenminister. Attentatsversuche gab es gegen die sozialdemokratischen Spitzenpolitiker Hugo Haase und Philipp Scheidemann. Ermordet wurde auch Kapitänleutnant der kaiserlichen Kriegsmarine, Hans Paasche, Sohn eines vormaligen Reichstagvizepräsidenten, weil er zum Pazifismus konvertiert war.

Wenn die Freikorps-Offiziere vom „jüdischen Bolschewismus“ redeten, meinten sie gar nicht in erster Linie Kommunisten, sondern Kriegsgegner, Demokraten, Pazifisten, Verständigungspolitiker – und natürlich die Juden, also pauschal jene Deutschen, die Hitler später als „Novemberverbrecher“ verunglimpfen sollte. Die Freikorps-Offiziere selbst stilisierten sich zu Vorkämpfern einer Neuauflage kriegerischer deutscher Machtpolitik.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920 war im Kern ein Militärputsch gegen die junge Republik. In der Stunde der Gefahr für die legale Reichsregierung weigerte sich die Führung der Reichswehr, gegen den eidbrüchigen General Walther Freiherr v. Lüttwitz und die Putschtruppen vorzugehen und die Regierung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Gustav Bauer zu schützen. „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr!“ ließ Generaloberst Hans v. Seeckt verlauten, der Chef der Heeresleitung (1920-1926) und damals ranghöchste deutsche Soldat. Aus demokratischer Sicht stellte seine folgenschwere Weigerung, seine Pflicht zu tun, eine republikfeindliche Handlung dar. Sie war geeignet, den Bestand der Republik zu bedrohen. Die Reichswehr, der „Staat im Staate“, bestimmte selbst, was im Falle eines Militärputschs zu tun war.

Das bedeutet: Es gab in der Weimarer Republik nicht nur den individuellen Rechtsterrorismus der Freikorps-Leute, sondern auch einen institutionalisierten Rechtsextremismus der Reichswehr. Diese hatte Verbündete in der politischen Justiz sowie in Teilen der Wirtschaft, der Bürokratie und einigen Massenorganisationen, also in jenem nationalistisch eingestellten Teil der deutschen Gesellschaft, der sich selbst als „Mitte“ verstand. Seit 1924 betrieb die Reichswehrführung – hinter dem Rücken der Politik – Rüstungsplanungen, die als Vorbereitungen für einen Zukunftskrieg angesehen werden müssen. Sie unterstützte außerdem geheime, rechtswidrige Rüstungen. Gleichzeitig bekämpfte sie nach Kräften die Verständigungspolitik der republikanischen Regierungen – so wie ihre Gesinnungsgenossen später, in den 1970er Jahren, die Friedens- und Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition bekämpfen sollten.
Nach den Reichstagswahlen von 1930 wurde die NSDAP zum Sammelbecken für die Feinde der Republik. Jetzt gingen die Nazis mit den Deutschnationalen, den Rechtsliberalen, mit Teilen der Wirtschaft, mit dem Frontsoldatenbund „Stahlhelm“ und mit der Reichswehr zusammen. Man nannte sich „Harzburger Front“. Was die Führer und Mitglieder dieser Organisationen verband, waren ein übersteigerter Nationalismus, die Republikfeindschaft und die Idee einer neuen Machtpolitik mit kriegerischen Mitteln. Man sang „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“ und bekundete den gemeinsamen politischen Willen, die „Ketten von Versailles“ notfalls mit Gewalt zu sprengen. Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933 waren die Rechtsradikalen an der Macht. Jetzt befand sich die deutsche Regierung in den Händen des organisierten deutschen Rechtsradikalismus. Die NSDAP nutzte ihre Macht zur Abschaffung der Demokratie und zur Gleichschaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens, zum Aufbau einer Diktatur, zur neuerlichen Militarisierung der Gesellschaft und zu einer systematischen Kriegsvorbereitung, weiterhin zur Schaffung einer deutschen „Volksgemeinschaft“, die rassistisch definiert war und deren wichtigstes Kennzeichen in der Ausgrenzung und späteren Ermordung von rassisch definierten Minderheiten wie den Juden bestand. Welches Unheil der in den Besitz der Staatsmacht gelangte deutsche Rechtsextremismus in den Jahren 1939 bis 1945 mit Krieg und Holocaust über Europa, die Welt und nicht

zuletzt auch über Deutschland brachte, ist bekannt.

Von der Wehrmacht zur Bundeswehr – personelle Kontinuitäten

Nach 1945 wurde angeblich alles anders, besonders in der Militärpolitik. Tatsächlich kam Westdeutschland in dem Jahrzehnt zwischen 1945 und 1955 ganz ohne Militär aus. Aber bereits seit 1949 gab es in der Bundesrepublik unter der Regierung Konrad Adenauer (CDU) Überlegungen und Planungen für den Aufbau neuer Streitkräfte, der dann 1955 offiziell begann. Tatsächlich stellten die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Festlegungen zum Einbau des Militärs in den demokratischen Staat ein Novum in der deutschen Militärgeschichte dar.

Aber gleichzeitig ging damals das Wort von der „neuen Wehrmacht“ um, woran sich ablesen lässt, wie selbstverständlich die Kontinuitätslinie zur alten Wehrmacht gezogen wurde. Bei der Auswahl des Personals für die „neue Wehrmacht“ half, was die oberen Ränge von Obristen und Generälen betraf, ein von der Bundesregierung eingesetzter „Personalgutachterausschuss“.13 Parallel dazu bearbeitete eine Annahmeorganisation des Verteidigungsministeriums die Ränge bis hinauf zum Oberstleutnant. Wie nicht anders zu erwarten war, stammten sämtliche Unteroffiziere und Offiziere, die für den Aufbau der „neuen Wehrmacht“ ausgewählt wurden, aus der alten Wehrmacht und – nicht zu vergessen – aus der Waffen-SS. Sie sorgten dafür, dass der „alte Geist“ auch unter den neuen demokratischen Rahmenbedingungen stets präsent blieb.14

Einer, der ihn von der Vergangenheit in die Gegenwart transportierte, war der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, General Adolf Heusinger. Seine Vita spricht für sich: Heusinger hatte vor seiner Karriere in der Bundeswehr ein bewegtes Leben im deutschen Militär hinter sich, nämlich in den Streitkräften der Kaiserzeit, in der Reichswehr der Weimarer Republik, in der Wehrmacht des NS-Staates und jetzt in der Bundeswehr. In den Jahren 1940-1944 hatte er im Oberkommando des Heeres (OKH) die Aufgabe eines Chefs der Operationsabteilung inne. Praktisch hieß das, dass er in dieser Zeit neben Hitler am Kartentisch stand und sich an der Leitung des Vernichtungskrieges im Osten beteiligte. Jetzt war er der oberste Soldat der zweiten deutschen Republik. Bis heute gibt es übrigens in Hammelburg eine General-Heusinger-Kaserne.

Kasernenbenennungen im Geiste der Wehrmacht

Wie die Offiziere der neu gegründeten Bundeswehr politisch und militärisch dachten, lässt sich eindrücklich an den Kasernenbenennungen in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren ablesen. Dazu muss man wissen, dass die Namen nicht von der militärischen Spitze verfügt wurden, sondern dezentral in den Standorten ausgewählt werden konnten. Die Kommandeure und Kasernenkommandanten griffen dafür auf eine Liste von Namen zurück, die 1937/38 auf Weisung Hitlers zusammengestellt worden war. Auf ihr befanden sich die Namen von Schlachten und Helden des „Großen Krieges“ von 1914-1918. In der Traditionsoffensive von 1964/65 wählten sie von dieser Liste die Kriegshelden der Wehrmacht als Namensgeber für ihre jeweiligen militärischen Liegenschaften aus. Auf diese Weise kamen nun langfristig Wehrmachtsoffiziere zu Ehren, unter denen sich bekennende Nationalsozialisten der ersten Stunde und Kriegsverbrecher befanden, zum Beispiel General Werner Freiherr v. Fritsch, Oberst Werner Mölders, Generalfeldmarschall Erwin Rommel, Generalmajor Adalbert Schulz, General Hasso von Manteuffel, Generaloberst Eduard Dietl und General Ludwig Kübler.15 Mit diesen Namensgebungen wurde ein Traditionsstrang zur Wehrmacht gezogen, der ganze Generationen von Bundeswehrsoldaten prägen sollte.

Es hat Jahrzehnte gedauert, bis Anstöße aus der Zivilgesellschaft dazu führten, dass zumindest einige dieser

Namen wieder getilgt wurden. Aber bis heute haben sich einige problematische Namen erhalten, trotz des fortschrittlichen Traditionserlasses von Verteidigungsminister Hans Apel (SPD) aus dem Jahre 1982, dessen zentrale Aussage lautete, ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich könne Tradition nicht begründen. Damit sollte zugleich gesagt werden, dass auch die Wehrmacht keine traditionsstiftende Rolle für die demokratische Armee der Republik spielen könne.16 Der Erlass wurde damals von den Traditionalisten massiv angefeindet. Minister Manfred Wörner (CDU) wollte ihn kippen, scheitere jedoch mit seinem Vorhaben. Teile der Truppe haben sich an die Ministerweisung von 1982, die später mehrfach bekräftigt wurde (unter anderem von Minister Volker Rühe, CDU), einfach nicht gehalten. Ein durchaus bemerkenswerter Vorgang in einer hierarchisch aufgebauten Organisation!

Persönliche Erfahrungen mit Rechtsradikalismus in der Bundeswehr

Es gab zahlreiche rechtsradikale Affären in der Bundeswehr. Sie sind verbunden mit den Namen Trettner, Panitzki, Franke, Schnez, den Hauptleuten von Unna, Rudel, Grashey, Budde und etlichen anderen. Was sie verband, war erstens die Frontstellung gegen das demokratische Konzept der „Inneren Führung“ mit seinem Kernelement, dass es Aufgabe des Militärs sei, dem politischen Ziel der Kriegsverhütung zu dienen.17 Zweitens propagierten diese traditionalistisch eingestellten Offiziere das soldatische Kämpfer- und Heldentum, aus dem sie den Anspruch ableíteten, im Machtgefüge des Staates eine herausgehobene Stellung einzunehmen (sui generis-Ideologie). Ich kann besagte Fälle hier nicht im Einzelnen ausbreiten. Interessierte können sie unschwer nachlesen in dem empfehlenswerten Taschenbuch meines Kollegen Detlef Bald.18

Stattdessen möchte ich ein paar persönliche Erfahrungen einfügen, die geeignet sind, die Präsenz rechtsradikaler Einstellungen in dem Milieu Bundeswehr zu belegen. Sie leuchten in die Grauzone zwischen dem eher seltenen Rechtsextremismus und dem sehr viel häufigeren Rechtsnationalismus hinein.

In meiner Zeit als Historiker im Freiburger Militärgeschichtlichen Forschungsamt (1971-1995) konnte ich rechtsradikales Denken bei einigen der dort tätigen Historikerkollegen kennenlernen. Sie lehnten es beispielsweise ab, die deutschen Angriffskriege gegen die europäischen Nachbarländer als große Verbrechen anzusehen. Speziell den deutschen Überfall auf die Sowjetunion betrachteten sie nicht als einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, sondern rechtfertigten ihn als einen Präventivkrieg. So hatte es die Nazi-Propaganda schon 1941 dargestellt. Sie behaupteten wider besseres Wissen, dass es in der Wehrmacht keinen Kommissar-Befehl gegeben habe, und wenn es ihn gegeben habe, dann sei er nicht befolgt worden. Sie bestritten oder relativierten die Existenz von verbrecherischen Befehlen des Oberkommandos der Wehrmacht und des Oberkommandos des Heeres. Sie bestritten die Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust oder spielten sie zu einzelnen Entgleisungen herunter. Sie hielten an der Legende von der „sauber“ gebliebenen Wehrmacht auch dann noch fest, als sie wissenschaftlich längst widerlegt war. Sie behaupteten, die Soldaten der Wehrmacht hätten unter schwersten Bedingungen tapfer und ritterlich gemäß den gegebenen Befehlen gekämpft. Sie hätten sich nichts zu Schulden kommen lassen und daher sei ihnen auch nichts vorzuwerfen.

Außerdem möchte ich hier über zwei konkrete Erlebnisse berichten. Erstens: Irgendwann in den 1970er Jahren, nach einer dienstlichen Sportstunde beim Bier in einer Runde von einem halben Dutzend „Sportskameraden“, ging mich ein Major mit Doktortitel mit der Drohung an: „Solche Leute wie Sie muss man im Ernstfall sofort umlegen.“ Aus seiner Sicht gehörte ich wegen meiner Mitgliedschaft in der „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ zu den „inneren Feinden“. Bei einer späteren Anhörung durch den Disziplinarvorgesetzten mochte sich keiner der Fußball-„Kameraden“ an den Vorfall zu erinnern. Ihr Korpsgeist verhinderte, dass es zur Aufklärung des Sachverhalts und einer disziplinarischen Ahndung des Vorfalls kam.

Zweiter Fall: Bei einem Mittagessen in einer Freiburger Kantine – Mitte der 1980er Jahre – berichtete ich

aus meinen laufenden Forschungen über den sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske und äußerte mich in diesem Zusammenhang auch zu den politischen Morden an den Spartakus-Führern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Freikorps-Offiziere.19 Sagte ein am Tisch sitzender Major, ebenfalls promoviert, vormals Kommandeur eines Artilleriebataillons: „Was heißt da politische Morde! Das war doch nur die Beseitigung von Umweltverschmutzung!“ Der Offizier war der Überzeugung, sich eine solche rechtsradikale Äußerung leisten zu können, und er rechnete wiederum mit dem Korpsgeist der Anwesenden. Generell gibt es in der Bundeswehr die ungeschriebene Regel, dass nichts nach außen dringen darf, was etwa in den Offizierskasinos geredet wird. Zum Geheimnis wird gemacht, was sich nicht sehen lassen kann, darunter rechtsradikale Gesinnungen.

Die Badische Zeitung vom 23. August 2017 veröffentlichte einen aufschlussreichen Bericht über die politischen Ansichten der Belegschaft einer Mannschaftsstube der Bundeswehr im thüringischen Gotha.20 Es handelte sich – infolge der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahre 2011 – durchweg um Freiwillige. Einblick in dieses Milieu gab ein bekennender Nazi namens Christian Weißgerber. Er kam als Rekrut zur Bundeswehr, verheimlichte dort seine politische Einstellung in keiner Weise, stieg dann später aus der rechtsradikalen Thüringer Nazi-Szene aus und berichtete später dem Journalisten Sebastian Leber über seine Erfahrungen: Seine Stube in Gotha habe er sich mit sieben Männern geteilt. „*Einer von ihnen bezeichnete sich selbst als Nationalsozialist, einer gehörte einem rechtskonservativen Männerchor an. Ein Dritter riss rassistische Witze, ein Vierter war Antisemit. Die anderen seien ‚eher neutral eingestellt‘ gewesen. Sagt Weißgerber. Das heißt, sie blieben stumm, als die anderen die Hände übereinanderlegten und scherzhaft einen Pakt schlossen. ‚Wir schworen uns gegenseitig, dass wir das Weltjudentum vernichten werden.*“21

Niemand vermag genau zu sagen, ob es sich bei den geschilderten Vorkommnissen um Einzelfälle handelt oder ob sie für einen Teil des militärischen Milieus typisch sind. Viele Verfehlungen werden nicht gemeldet oder kommen schon gar nicht an die Öffentlichkeit. Auch der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages erfährt wohl nur ein Segment der Wirklichkeit.

Die Fälle Kaufhold, Franco A. und der nationalsozialistische Untergrund (NSU)

Die aktuelle Debatte über Rechtsradikale in der Uniform der Bundeswehr ist mit dem Namen des Oberleutnants Franco A. verbunden.22 Die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) machte den Fall durch einen Alarmruf bekannt. Sie sagte öffentlich, von Einzelfällen könne nun nicht mehr die Rede sein; die Probleme gingen tiefer; es gebe in der Truppe einen falsch verstandenen Korpsgeist und womöglich ein rechtsradikales Netzwerk.

Der Hilferuf der Ministerin war mutig. Denn aus der deutschen Militärgeschichte weiß man, dass sich die für das Militär zuständigen Minister häufig als „Soldatenväter“ verstanden, die es als ihre vordringliche Aufgabe ansahen, das anerkennungssüchtige Militär vor öffentlicher Kritik zu schützen. So agierten schon die Reichswehrminister der Weimarer Republik, Gustav Noske (SPD) undsein Nachfolger Otto Geßler (DDP). Auch in der Geschichte der Bundesrepublik verharrte so mancher Verteidigungsminister in dieser traditionellen Rolle. Man denke etwa an Georg Leber (SPD), der an dem Image des fürsorglichen „Übervaters“ Gefallen fand. Aber es gab auch Minister, die sich nicht auf der Nase herumtanzen ließen. Helmut Schmidt zum Beispiel feuerte einmal demonstrativ eine ganze Reihe von Generälen.

Bei Oberleutnant Franco A. haben wir es mit einem gewaltbereiten Mann von völkischer und rassistischer Gesinnung zu tun. Das wussten seine Vorgesetzten spätestens seit seiner Masterarbeit von 2013, die er an der französischen Militärakademie Saint-Cyr einreichte.23 Der französische Schulkommandeur hätte ihn am Liebsten gefeuert. Vor diesem Hintergrund ist es besonders bemerkenswert, dass die deutschen Vorgesetzten hernach das Verfahren gegen Franco A. einstellten, weil er im militärischen Bereich Bestnoten produzierte. Kein Rausschmiss, keine Bestrafung, kein Eintrag in die Personalakte, eine kleine Verwarnung – wenig

später, am 9. Juli 2015, Ernennung zum Berufssoldaten! Damit gibt die Karriere des jungen Offiziers einen tiefen Einblick in die spezielle „Normalität“ des militärischen Milieus. Es ließ diesem völkisch und rassistisch tickenden Mann in der Folgezeit die Freiräume, die er nutze, um nach Aktionsmöglichkeiten gegen die von ihm ins Visier genommenen „inneren Feinde“ Ausschau zu halten.

Gerade noch rechtzeitig wurde im April 2017 entdeckt, wie potenziell gefährlich er und seine Gesinnungsgenossen waren. Es ist von einem rechtsradikalen Netzwerk in der Bundeswehr die Rede. Franco A. und Co. beschafften sich Waffen, Munition und interne Informationen über die deutsche Flüchtlingsbürokratie. Nach dem, was bis jetzt bekannt geworden ist, planten sie Anschläge gegen fremdenfreundliche Politikerinnen und Politiker, die als Terrorakte von Flüchtlingen verschleiert werden sollten. Die Staatsanwaltschaft wirft Franco A. die Planung und Vorbereitung einer „schweren staatsgefährdenden Straftat“ vor.24 Er hatte eine Liste möglicher Anschlagsopfer angelegt, auf der sich die Namen des vormaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck, des Bundesjustizministers Heiko Maas (SPD), der Grünen-Politikerin Claudia Roth, des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke) und anderen finden. Auch der Zentralrat der Juden und der Zentralrat der Muslime stehen auf der Todesliste.

An dieser Stelle ist es sinnvoll, auf eine Parallele zum neonazistischen Mordtrio „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hinzuweisen. Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe wird vorgeworfen, zwischen 2001 und 2007 zehn willkürlich ausgewählte Ausländer ermordet und 15 Raubüberfälle begangen zu haben.25 Nach den Worten von Bundesanwalt Helmut Diemer handelten sie aus einer „rechtsextremen Ideologie“ heraus und waren in dem „Wahn von einem ausländerfreien Land“ gefangen.26 Ein anderer Staatsanwalt attestierte Böhnhardt und Mundlos einen „abgrundtiefen Hass gegen Staat und Gesellschaft, gegen Juden, Linke und in Deutschland lebende Migranten“. Mit der Ermordung der Ausländer hätten sie „für die rassische Reinerhaltung des deutschen Volkes“ gekämpft.27 Über Uwe Mundlos wissen wir, dass er in den 1990er Jahren in der Bundeswehr ganz unbehelligt gedient hatte, ohne seine rechtsradikale Einstellung zu verschweigen. Da Mundlos ein guter Soldat war, drückte man die Augen zu, stellte ihm ein passables Zeugnis aus und wollte ihn sogar noch für den Militärischen Abschirmdienst anwerben.28 Ähnlich lief es bei Franco A.

Nationalistisch-völkisches Denken und rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit sind sowohl bei den NSU-Terroristen als auch bei den potentiellen Bundeswehr-Terroristen um Franco A. festzustellen. Gemeinsam sind ihnen die Motive (Fremdenfeindlichkeit und Rassismus) wie auch das Mittel (terroristische Tötungsgewalt), um einen Politikwechsel zu erzwingen.

Sucht man in der deutschen Militärgeschichte nach vergleichbaren, politisch motivierten Inidividual-Morden, so fällt der Blick unweigerlich auf die Freikorps-Mörder der frühen 1920er Jahre. Die Soldaten der Wehrmacht dagegen handelten nicht aus eigenem Antrieb. Sie wurden „von oben“, durch die militärischen Befehle von OKW und OKH, auf die Linie des rassenideologischen Vernichtungskrieges eingeschworen. Gewalttätiger Rassismus war sowohl in den Freikorps als auch in der Wehrmacht ein handlungsleitendes Motiv.

In der Bundeswehr gab es vor Jahren (2008) schon einmal Anlass, an die Geschichte des gewalttätigen Rechtsterrorismus der Freikorps zu erinnern. Damals griff ein Bundeswehroffizier namens Daniel Kaufhold, seines Zeichens Hauptmann im Kommando Spezialstreitkräfte (KSK) in Calw, einen anderen Offizier massiv an, der ihn darauf hingewiesen hatte, dass sich anstelle von Militäreinsätzen in der Regel auch zivile Lösungen anbieten.29 Kaufhold schrieb damals an seinen Kontrahenten, den Oberstleutnant Jürgen Rose: „*Ich beurteile Sie als Feind im Innern und werde mein Handeln danach ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen.*“ Das entspricht exakt dem Ton der rechtsradikalen Freikorpskämpfer aus den frühen Jahren der Weimarer Republik, die später bei der NSDAP und bei der SS landeten. Kaufhold drohte seinem „Kameraden“: „*Sie werden beobachtet, nein nicht von impotenten instrumentalisierten Diensten [gemeint ist wohl der Militärische Abschirmdienst MAD, W.W.], sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.*“ Umso mehr überrascht es, dass die Vorgesetzten auch diesen Fall niedrig hängten und den durchgeknallten Freikorps-Adepten mit einer

geringfügigen Disziplinarmaßnahme mehr deckten als bestraften.

Schule der Gewalt: Strukturelle Unterschiede von Militär und Zivilgesellschaft

Wer in der Vergangenheit die Frage stellte, ob die Bundeswehr ein Problem mit dem Rechtsradikalismus habe, erhielt seitens des Verteidigungsministeriums regelmäßig die Antwort, die Bundeswehr sei „ein Spiegelbild der Gesellschaft". Hier wie dort gäbe es eben auch Rechtsradikale. Die Aussage „Spiegelbild" traf zwar nicht die Realität, aber sie hatte in der Zeit der allgemeinen Wehrpflicht eine gewisse Plausibilität. Seit deren Aussetzung im Jahre 2011 scheint die Bundeswehr für rechtsextrem eingestellte junge Männer noch attraktiver zu werden. Hierarchien, Waffen und Uniformen, so der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD), zögen manchen Bewerber an, den die Bundeswehr eigentlich gar nicht haben wolle. Daher habe die Bundeswehr heute stärker als andere Bereiche der Gesellschaft ein Problem mit Rechtsextremismus.30

Man weiß seit langem: Freiwillige Soldaten und Offiziere gehören überwiegend zum national-konservativ denkenden Teil unserer Gesellschaft. Es handelt sich um Menschen, die sich leicht unterordnen können, denen es nicht schwer fällt, sich in das Befehl-Gehorsam-System einzufügen, die eine starke Führung wünschen, um selbst Halt zu gewinnen, und die deshalb auch die – von oben verordnete – militärische Kameradschaft als eine psychische Stütze dankbar wahrnehmen. Sekundärtugenden wie Ordnung, Pünktlichkeit, Sauberkeit und Disziplin liegen ihnen näher als Individualität, Mitbestimmung und Zivilcourage. Zur Bundeswehr geht jemand, der eine Affinität zu Waffen hat, der sich vorstellen kann, zu schießen, zu töten, für den also die Ausübung von bewaffneter Gewalt nichts Ungewöhnliches ist, zumindest nichts ethisch Verwerfliches. Tatsächlich ist die Bundeswehr – nicht anders als das Militär anderer Staaten auch – eine Schule der Gewalt. In ihr wird effektives Töten und Zerstören mit dem jeweils modernsten Kriegsgerät gelernt. In der Ausbildung geht es nicht zuletzt darum, das Überwinden von Tötungshemmungen einzuüben.31

Unter dem Zivilisten, dem demokratischen Staatsbürger ohne Uniform, stellen wir uns das genaue Gegenteil des Soldaten vor. Idealiter lernt der junge Mensch in unserer Gesellschaft von Kindesbeinen an, Konflikte gewaltfrei und nach bestimmten Spielregeln auszutragen. Er sucht die Mitverantwortung und schätzt die Freiheit, sich selbst entscheiden zu können. Es gibt also einen unauflösbaren Strukturunterschied zwischen ziviler Gesellschaft beziehungsweise dem demokratischem System und dem Militär.

Dieser Unterschied wird auch von den Militärs selbst so wahrgenommen und in ihrem sui-generis-Denken ideologisch überhöht. In der deutschen Militärgeschichte können wir seit dem 19. Jahrhundert beobachten, dass die Offiziere einen besonderen gesellschaftlichen und politischen Status für sich beanspruchen, weil die Ausübung des Soldatenberufs den Einsatz des eigenen Lebens erfordern kann. Zum sui-generis-Denken gehört die militärtypische Distanz zum demokratischen Pluralismus. Der militärische Apparat, so sagen sie, ticke anders, nämlich nach dem Befehlsprinzip. Der soldatische Kämpfer werde durch pluralistisches politisches Denken nur verunsichert.

Den Kämpferkult hat es in allen deutschen Streitkräften gegeben, auch in der Bundeswehr der Bonner Republik. Allerdings hat er durch den Wandel der deutschen Außen- und Militärpolitik nach 1989/90 einen erheblichen Auftrieb erhalten. Gemeint ist der grundlegende Wandel von der Verteidigungsarmee zu einer Interventionsarmee mit „out of area"-Einsätzen. Was kaum bekannt ist: Dieser Wandel führte dazu, dass nicht wenige Offiziere aus der Zeit der Bonner Republik, die sich der Idee der Landesverteidigung verpflichtet fühlten und mit dem neuen Militärinterventionismus nichts zu tun haben wollten, nach 1990 den Dienst quittierten.

Die Auslandseinsätze selbst führten zu einer Renaissance der Kämpferideologie. Jetzt blies auch die

militärische Spitze in das reaktionäre Horn. Kein Geringerer als der vormalige Inspekteur des deutschen Heeres, Generalmajor Hans-Otto Budde, exponierte sich öffentlich als Verfechter eines neuen Kämpferkults, als er im Jahre 2004 verkündete: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann.“32 Bei einigen jüngeren Offizieren der Kampftruppen, die bereits Einsatzerfahrungen haben, ist die Botschaft des Generals längst angekommen, wie man zwei neuen Publikationen entnehmen kann. Die eine trägt den sprechenden Titel „Soldatentum. Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute“ (2013)33, die andere heißt „Armee im Aufbruch. Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr“ (2014).34 In diesen Wortmeldungen von jungen Offizieren, die sich ausdrücklich als „Generation Einsatz“ verstehen, wird als oberstes Ziel militärische „Professionalität“ proklamiert, wohinter sich – bei näherem Hinsehen – nichts Anders versteckt als das alte „sui-generis“-Denken.

Mit der Verwandlung der Bundeswehr in eine „Armee im Einsatz“ rückte die Wehrmacht verstärkt als ein mögliches Vorbild in das Blickfeld von Bundeswehrsoldaten.35 Sie folgen der latent schon immer vorhandenen Versuchung, die Verbrechen der Wehrmacht abzuspalten und an die solchermaßen gesäuberte Wehrmacht als einer vermeintlich honorigen Kampftruppe anzuknüpfen. Der Wehrmachtsoldat erscheint so als ein Vorbild, an dem sich die Bundeswehrsoldaten in ihren Kampfeinsätzen „out of area“ orientieren können. Diese Entwicklung brachte es mit sich, dass sich in den Streitkräften eine neue Hierarchie des Ansehens herausbildete: Wer einen oder mehrere Auslandseinsätze mitgemacht hat, genießt – unabhängig vom militärischen Dienstgrad – hohes Ansehen. Ihm wird mehr Anerkennung zuteil als jenen, die über solche Erfahrungen nicht verfügen. Gleichzeitig wird über die mangelnde Wertschätzung der Soldaten durch die „postheroische“ deutsche Öffentlichkeit geklagt.

Nicht die Aussetzung der Wehrpflicht, sondern der Militärinterventionismus der letzten 25 Jahre ist es, der in der Bundeswehr zu einer folgenschweren Bewusstseinsveränderung führte. Wir können den Wandel am besten erfassen, wenn wir uns an das bekannte Diktum des früheren Bundespräsidenten Gustav W. Heinemann von 1969 erinnern: Nicht der Krieg, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben.36 Das Baudissinsche Konzept der „Inneren Führung“ korrespondierte mit diesem Satz, der eine der größten Errungenschaften der Bonner Republik auf den Punkt brachte. Die neue Konzeption der „Armee im Einsatz“ ist geeignet, sowohl das Diktum Heinemanns als auch das Militärkonzept Baudissins zu entwerten. In den Auslandseinsätzen sind jetzt wieder die Kriegstüchtigkeit und der Kämpferkult gefragt. Damit verlor auch der seit 1982 gültige Traditionserlass von Minister Hans Apel an Bindekraft. In der Truppenpraxis geht man ohnehin längst andere Wege.

Was tun? Ein Fazit

Was ist aus alledem zu lernen? Wie die meisten Armeen der Welt steht die Bundeswehr am rechten Rand des politischen Spektrums. Die große Mehrheit der Offiziere denkt nationalkonservativ. Der Soldat akzeptiert die Armee als Schule der Gewalt. Er weiß, dass es ums Kämpfen, Töten, Zerstören und – schlimmstenfalls – auch ums Sterben geht. Das Militär ist ein strukturell totalitäres Gebilde, das anders tickt als die zivile Gesellschaft. Pluralistisches Denken wird als systemwidrig und effizienzmindernd angesehen.

Noch nie war die Bundeswehr ein wirkliches „Spiegelbild der Gesellschaft“. Mit dem Wandel zur „Armee im Kriegseinsatz“ und der Aussetzung der Wehrpflicht ist die Bundeswehr noch ein Stück weiter nach rechts gerückt. Rechtslastigkeit und Korpsgeist erklären auch das stillschweigende Gewährenlassen von rechtsradikalen Soldaten, wie wir es an den Fällen Kaufhold und Franco A. beobachten konnten. In der Grauzone der Beschwichtigung und Abwiegelung bewegen sich die vielen rechten Mitläufer, ohne die der Rechtsradikalismus in der Bundeswehr gar nicht aufkommen könnte.

Was ist zu tun? Natürlich dürfen rechtsradikale Vorkommnisse nicht ohne disziplinarische und ggf.

strafrechtliche Würdigung bleiben. Natürlich ist die lange vernachlässigte historisch-politische Bildung der Soldaten zu verbessern. Natürlich muss der Traditionserlass aus dem Jahre 1982 aktualisiert werden. Ebenso darf man die „Innere Führung“ nicht schleifen lassen. Doch die Erfolge der internen Bundeswehr-Reformen dürften überschaubar bleiben. Worauf es ankommt, sind die politischen Rahmenbedingungen. Solange die Politik die zweifellos gewachsene Verantwortung des geeinten Deutschlands in der Welt verstärkt in militärischen Kategorien buchstabiert, muss sie sich nicht wundern, dass die rechten Traditionalisten Morgenluft wittern und dass in der Bundeswehr ein Kämpfer- und Heldenkult um sich greift, der auch an frühere Phasen der deutschen Militärgeschichte anknüpft.

Ich möchte abschließend auf die Verantwortung der Politik verweisen. Ich tue dies mit den Worten eines Mannes, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass der Kalte Krieg beendet und die deutsche Einigung herbeigeführt werden konnte, mit den Worten von Michael Gorbatschow: „Politiker“, sagt er, „die meinen, Probleme und Streitigkeiten könnten durch Anwendung militärischer Gewalt gelöst werden – und sei es auch nur als letztes Mittel – sollten von der Gesellschaft abgelehnt werden, sie sollten die politische Bühne räumen.“37

Auf unser Thema angewendet, bedeutet das: Solange Politiker auf militärische Gewalt setzen, werden wir es auch mit rechtsradikalen Tendenzen im Militär zu tun haben. Die „Generation Einsatz“ – speziell die jungen Offiziere – entwickeln mit ihrem Kämpferkult ein neues Selbstverständnis. Es knüpft an frühere Phasen der deutschen Militärgeschichte an und fällt hinter die friedenspolitischen Einsichten von Reformern wie Graf Baudissin oder Politikern wie Gustav W. Heinemann zurück, die den Frieden zum Ernstfall erklärten und die Streitkräfte nur noch zur Kriegsverhütung akzeptierten.

WOLFRAM WETTE Prof. i.R., Dr. phil., geb. 1940, Historiker, 1971-95 Militärgeschichtliches Forschungsamt, dann Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Mitbegründer der Historischen Friedensforschung (AHF); Mitherausgeber der Reihen „Geschichte und Frieden“ und „Frieden und Krieg“, Ehrenprofessor der russischen Universität Lipezk. Jüngste Veröffentlichung: Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914. Bremen 2017.

Anmerkungen:

* Der Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor auf Einladung der Humanistischen Union Baden-Württemberg, des Instituts für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht sowie des Arbeitskreises kritischer Jurist_innen am 11.1.2018 in Freiburg hielt.

1 Für wertvolle Anregungen danke ich Helmut Donat (Bremen), Jakob Knab (Kaufbeuren) und Jürgen Rose (München).

2 Zur Einführung Gabriele Nandlinger: Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus…?, s. http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41312/was-ist-rechtsextrem?p=all; Wolfgang Benz (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Frankfurt/M.. 1993 (besonders den Beitrag von W. Benz).

3 S. Wolfram Wette: Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914, Bremen 2017, besonders Kap. 17: Eine stille Revolution. Vom preußisch-deutschen Militarismus zur zivilen Gesellschaft, S. 391-419.

4 Wolfram Wette: Perspektiven für eine Erinnerungskultur. Die NS-Zeit als Negativfolie für eine humane und friedliche Gesellschaft. In: Monika Rappenecker (Hrsg.), Nazi-Terror gegen Jugendliche. Verfolgung, Deportation und Gegenwehr in der Region Freiburg. Katalog zur Ausstellung. Heidelberg u.a. 2016, S. 13-23

5 Konrad Jarausch: Die Umkehr. Deutsche Wandungen 1945-1995. München 2004.

6 Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren

Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006/Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 2007.

7 In Anlehnung an Wolfgang Benz: Hintergründe und Umfeld rechtsextremen Denkens. In: Friedwart Maria Rudel (Hrsg.), Rechtsextremismus bekämpfen. Aufklärung und Selbstvergewisserung. Essen 1995, S. 31-48, hier: S. 37.

8 Hinsichtlich der Themenschwerpunkte der sog. Revisionisten beziehe ich mich auf meine Untersuchung: Verbrechen des NS-Gewaltregimes. Relativierungen und Beschönigungen durch die alte und die neue Rechte. In: Hans-Jochen Vogel/Rita Süssmuth (Hrsg.), Mahnung und Erinnerung. München 1998 (= Jahrbuch des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, Bd. 2), S. 9-25 (12 ff.)

9 Gordon A. Craig: Über die Deutschen. München 1983, Kap. 10: Militär, hier: S. 273.

10 Die Autorenschaft ist strittig, die Aussage selbst wird jedoch immer wieder zitiert. Siehe: https://de.wikiquote.org/wiki/Honor%C3%A9_Gabriel_de_Mirabeau

11 Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Frankfurt/M. 2002.

12 Der Mathematiker und Statistiker Emil Julius Gumbel, ein engagierter Pazifist, zog damals das erschreckende Fazit: Während die deutsche Justiz 354 rechtsradikale Mörder systematisch schonte und laufen ließ, wurden 10 der 22 linksradikal eingestellten Mörder mit dem Tode bestraft. Weiterhin zeigte Gumbel auf, wie viele der Mörder damals ungeschoren blieben. Die Justiz war damals auf dem rechten Auge weitgehend blind. In seinem Buch „Vier Jahre politischer Mord” (Berlin 1922) präsentierte Gumbel die folgende Statistik: „354 Morde von rechts; Gesamtsühne 90 Jahre, 2 Monate Einsperrung, 730 Mark Geldstrafe und 1 lebenslängliche Haft.” Demgegenüber: „22 Morde von links, Gesamtsühne: 10 Erschießungen, 248 Jahre, 9 Monate Einsperrung, 3 lebenslängliche Zuchthausstrafen.“; vgl. auch Wette, Ernstfall Frieden (s. Anm. 3), S. 233-237.

13 S. dazu meinen Beitrag: Die Bundeswehr im Banne des Vorbildes Wehrmacht. In: Detlef Bald/ Johannes Klotz/ Wolfram Wette: Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege. Berlin 2001, S. 66-115, hier: S. 70 ff.

14 Vgl. auch Wolfram Wette: Neue Form, alter Geist. Die Gründungsgeschichte der Bundeswehr erklärt, warum es unserer Armee so schwer fällt, sich aus der Wehrmachtstradition zu lösen. In: DIE ZEIT Nr. 12, 18. März 1999, S. 88.

15 Zu deren Biographien siehe Jakob Knab: Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr. Berlin 1995, S. 72-93. Zur Vertiefung auch Ralph Giordano: Die Traditionslüge. Vom Kriegerkult in der Bundeswehr. Köln 2000.

16 Die „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr“ von 1982 (kurz. Traditionserlass) sind im Internet abrufbar unter: https://suche.t-online.de/fast-cgi/tsc?q=Traditionserlass+1982&tstmp=1516187554646&mandant=toi&dia=suche&context=internet-tab&ptl=std&sb=top

17 S. dazu Jürgen Rose: Die Wiederkehr des Heldenkultus und das Ende der ‚Inneren Führung‘. Anmerkungen zu Deutschlands neuer Wehrmacht. In: Neue Rheinische Zeitung v. 28.10.2015 / 4.11.2015.

18 Detlef Bald: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005. München 2005.

19 Vgl. Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf 2. Aufl. 1987.

20 Sebastian Leber: Unter Kameraden. Christian Weißgerber war früher eine Größe in der Thüringer Nazi-Szene – und gleichzeitig Bundeswehrsoldat. Die Hakenkreuztattoos, sagt er, hätten keinen gestört. In: Badische Zeitung, 23.8.2017, S. 3.

21 Ebda.

22 Wolfram Wette: Bundeswehr: Franco A. und die anderen. In der Bundeswehr existiert ein strukturelles Problem mit rechtem Gedankengut. Die Pläne von Franco A. erinnern an die Freikorps-Offiziere der Weimarer Republik. In: ZEIT Online 10.5.2017. S. http://www.zeit.de/kultur/2017-05/bundeswehr-franco-a-terrorgruppe-wehrmacht-weimarer-republik.

23 So das Gutachten des Militärhistorikers Jörg Echternkamp, zit. nach dem Beitrag von Florian Flade: Die rassistische Masterarbeit. In: Die Welt kompakt, 4.5.2017, S. 2 und 3: Thema des Tages.

24 Zit. nach Christoph Hickmann: Ministerin kritisiert ihre Truppe. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 100, 2.5.2017, S. 5.

25 S. den Eintrag: https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistischer_Untergrund.

26 Zit. nach Annette Ramelsberger: Eine Frage der Logik. Süddeutsche Zeitung Nr. 176, 2.8.2917, S. 3.

27 Staatsanwalt Weingarten im NSU-Prozess, ebd.

28 S. den Eintrag: https://de.wikipedia.org/wiki/Uwe_Mundlos

29 S. Wolfram Wette: Der Feind im Innern. Ein KSK-Hauptmann schreibt einen Hetzbrief an einen Oberstleutnant der Bundeswehr und reiht sich damit in eine unselige Vergangenheit ein. Eine historische Einordnung. In: Frankfurter Rundschau 4.4.2008, S. 10 („Dokumentation“); Nachdruck u.d.T.: Der Feind im Innern (mit reichhaltiger Bebilderung). In: Gegen Vergessen – Für Demokratie
Nr. 54, Mai 2008, S. 10-15; sowie u.d.T: Der Hassbrief des KSK-Hauptmanns. Eine historische Einordnung für die Zukunft. In: FriedensForum. Zeitschrift der Friedensbewegung, 21. Jg., Nr. 3/2008 (Juni/Juli 2008), S. 21-22.

30 So Hans-Peter Bartels im Kontext des Falles Franco A. gegenüber der „Welt am Sonntag“, zit. nach MDR 1.5.2017: Wehrbeauftragter: Bundeswehr attraktiv für Rechtsextremisten.

31 Unter Verwendung der Analyse von Helmut Prieß: Bundeswehr und Rechtsextremismus. Analyse, Bewertung und Maßnahmen zur Bekämpfung. Positionspapier des „Darmstädter Signals“ vom April 1998. In: FriedensForum 3/1998.

32 Zit. nach Jürgen Rose: Hohelied auf den archaischen Kämpfer. Der „Staatsbürger in Uniform“ hat ausgedient. In: Freitag Nr. 15, 2.4.2005, S. 4. Ausführlicher ders., Die Wiederkehr des Heldenkultus und das Ende der ‚Inneren Führung‘. Anmerkungen zu Deutschlands neuer Wehrmacht. In: Neue Rheinische Zeitung, 28.10.2015 und 4.11.2015.

33 Martin Böcker/Larsen Kempf/Felix Springer (Hrsg.): Soldatentum. Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute. München 2013.

34 S. den Sammelband von Marcel Bohnert/Lukas J. Reitstetter (Hrsg.): Armee im Aufbruch. Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr. Berlin 2014. Kritisch dazu der Sprecher des „Darmstädter Signals“, Florian Kling: „Wenn niemand sich mehr traut, den Mund aufzumachen, ist die ‚Innere Führung‘ als Leitbild am Ende“. In: vorgänge 218. Zeitschrift für Bürgerrechte

und Gesellschaftspolitik, Nr. 2/2017, S. 79 ff.

35 Vgl. Wolfram Wette: Wehrmachtstraditionen und Bundeswehr. Deutsche Machtphantasien im Zeichen der neuen Militärpolitik und des Rechtsradikalismus. In: Johannes Klotz (Hrsg.), Vorbild Wehrmacht? Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr. Köln 1998, S. 126-154.

36 Zum Kontext s. mein Buch: Ernstfall Frieden (s. Anm. 3).

37 Michael Gorbatschow: Kommt endlich zur Vernunft - Nie wieder Krieg!: Ein Appell von Michail Gorbatschow an die Welt, Hrsg. von Franz Alt. Salzburg/München 4. Aufl. 2017, S. 12 f.

---

https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/221-222/publikation/rechtsradikale-in-der-bundeswehr-im-geiste-der-freikorps/
Abgerufen am: 02.11.2026